

**CETA und TTIP stoppen**  
Demo am 17. September, 12 Uhr  
Berlin-Alexanderplatz



Foto: Sebastian Petrich

## Wie Venedig ohne Wasser ...

... wäre Berlin ohne Stadtnatur. Mit der Kampagne **IMMER.GRÜN** möchte der **BUND** viele wichtige unbebaute Areale unter dauerhaften Schutz stellen.

Die Baubranche kann sich nicht über leere Auftragsbücher beschweren: Allein im ersten Quartal 2016 genehmigten die Aufsichtsbehörden den Bau von 5.129 Wohnungen in Berlin und 2.598 Wohnungen in Brandenburg. Während im Speckgürtel die Zersiedelung fortschreitet, werden die Berliner Bezirke eher verdichtet. Aus ökologischer Sicht ist Letzteres zumindest im Prinzip richtig, schließlich ist kompaktes Bauen in der Stadt eine wichtige Voraussetzung dafür, Flächenversiegelung zu vermeiden und Verkehrsbelastung zu reduzieren. Aber nicht jede Verdichtung ist ökologisch sinnvoll, wie ein aktuelles Beispiel aus Schöneberg zeigt.

Auf der Bautzener Brache, einem herrlich verwilderten ehemaligen Bahngelände zwischen Yorckstraße und Monumentenbrücke, plant ein Baumarkt-Mogul Wohnungsbau, der schon vor Baubeginn ein Zertifikat für nachhaltiges Bauen eingeholt hat. Zu Recht? Die geplanten Häuser mögen höchsten energetischen Standards entsprechen. Aber wie können 250 Autostellplätze für 300 Wohnungen in unmittelbarer Nähe eines S-Bahnhofs nachhaltig sein? Der Kiez leidet heute schon unter Lärm und Abgasen. Und nicht weniger schlimm: Das Viertel entsteht auf einem Gelände, das Teil des Nord-Süd-Grünzugs ist. Dieser grüne Korridor, der vom Schöneberger Insulaner über den Gleisdreieckpark bis zum Tiergarten reicht, dient als Frischluftschneise und könnte auch in diesem Abschnitt Naherholungsgebiet für die dichtbesiedelten Innenstadtbezirke werden. Außerdem stärkt er den Biotopverbund, da er mit Südgelände, Flaschenhalspark und eben Bautzener Brache mehrere Biotope miteinander

verbindet. Nebenbei erwähnt: Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, 15 Prozent der Landesfläche als miteinander verbundene Biotope zu sichern. Daraus wird nichts, wenn Bauvorhaben in den Biotopkorridoren umstandslos genehmigt werden.

### Salamitaktik beim Angriff auf die Stadtnatur

Dass Frei- und Grünflächen Lebensqualität in der Stadt sichern, bestreitet niemand. Im Gegenteil, die besten Geschäfte machen Investoren mit Neubauwohnungen mit Parkblick. Immer wenn Bebauungspläne für grüne Flächen bekannt und Proteste der Menschen in der Nachbarschaft laut werden, verweisen die Vorhabenbefürworter auf die vielen anderen grünen Orte Berlins, als käme es auf das jeweilige Streitobjekt nicht mehr an. Und so sinkt der Grünanteil langsam, aber stetig. Bauboom und wachsende Einwohnerzahlen setzen die Stadtnatur unter doppelten Druck. Freiflächen werden weniger, und die verbliebenen wollen immer mehr Menschen nutzen.

Es geht nicht nur um die Parks und Grünanlagen im engeren Sinn. Ähnlich wichtig in ihren sozialen, ästhetischen und ökologischen Funktionen sind beispielsweise die Friedhöfe, die sich wie ein grünes Mosaik in der Stadt verteilen. Noch. Denn sie werden weniger. Bedingt durch den Trend zur Feuerbestattung beanspruchen die Toten heute viel weniger Platz als früher. Der Berliner Friedhofsentwicklungsplan von 2006 schreibt fest, von 1.037 Hektar Friedhofsfläche ein knappes Drittel anderen Nutzungen zuzuführen. In der Regel soll die neue Nutzung zwar die Umwidmung als Grünfläche bedeuten, Bebauung

ist aber ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Vor allem auf Kirchengemeinden lastet der Druck, Teilflächen zu Geld zu machen, um den Betrieb der schrumpfenden Friedhöfe zu finanzieren.

Bisher gibt es keine wirksamen Instrumente zum Schutz der Grünen Infrastruktur, zu der neben den Parks und Friedhöfen vor allem ehemalige Bahngelände, Kleingärten, Gewässerränder, Landwirtschaftsflächen am Stadtrand und etliche bewachsene Baulücken zählen. Das möchte der BUND in einem breiten Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ändern. Nach dem Vorbild des Dauerwaldvertrags, der vor 101 Jahren die Berliner Wälder vor der drohenden Abholzung und Bebauung sicherte, brauchen wir einen IMMER.GRÜN-Vertrag. Berlin soll sich gesetzlich dazu verpflichten, ein definiertes Netz von Grün- und Freiflächen niemals zu verbauen. Welche Flächen unter den IMMER.GRÜN-Vertrag fallen sollen, soll in einem öffentlichen stadtweiten Prozess entschieden werden. Nicht alle Grün- und Freiflächen Berlins können Teil dieses Gesetzes werden. Das heißt aber nicht, dass alle dort nicht genannten Flächen zur Versiegelung freigegeben sind.

Wenn bewachsene Flächen nicht verbaut werden sollen, wo können dann Wohnungen entstehen? Berlin hat sehr viele Möglichkeiten, bereits versiegelte Flächen besser zu nutzen: Dachgeschosse ausbauen, Flachbauten (Discounter, Baumärkte) aufstocken, Parkplätze und Straßen rück- und überbauen. Bauflächen müssen recycelt statt auf Kosten von Natur und Lebensqualität neu ausgewiesen werden. [www.berlin-immergruen.de](http://www.berlin-immergruen.de) **sp**

## Inhalt

### THEMA

#### Grüne Infrastruktur

Danke für die Mondlandschaft: Folgen der Tagebaue

**Seite 2**

Stadt, Land, Park: Auf welche Flächen es ankommt

**Seite 3**

### AKTUELL

Vattenfalls staatliche Handlanger

**Seite 4**

250 glückliche Gäste: Repair Café Schöneberg

**Seite 4**

Markt total: Was CETA und TTIP für Berlin und Brandenburg bedeuten

**Seite 5**

„Die Landesregierung muss liefern“: Axel Kruschat über den Kompromiss in der Massentierhaltung

**Seite 5**

### BUNDjugend

Musik, Tanz und Kompostklo: Ist grünes Feiern möglich?

**Seite 6**

### NATUR ERLEBEN

Nationalpark Unteres Odertal: Wo Auen entstehen

**Seite 7**

### ÖKOTIPP

Wandbegrünung

**Seite 7**

### KURZ & BUND

Stop CETA und TTIP

**Seite 8**

Grüne Infrastruktur in Zahlen

**Seite 8**



Dieser Boden ist zu nichts mehr zu gebrauchen und wird daher geflutet: ehemaliger Braunkohletagebau Cottbus-Nord.



Foto: Sune (CC BY-SA 3.0)

## Danke für die Mondlandschaft!

**Abseits des Speckgürtels sorgt in Brandenburg weniger der Bauboom als vielmehr der Braunkohletagebau für den fortschreitenden Verlust von Wiesen, Feldern und Wäldern.**

Gutes Ackerland wird knapp. Bundesweit sorgt die Nachfrage nach Mais für Biogasanlagen für steigende Bodenpreise und höhere Pachten. Vor allem in Osten, wo einige Großbetriebe immer mehr Felder unter ihre Kontrolle bringen, stößt die bäuerliche Landwirtschaft an ihre Grenzen, weil ihr die (bezahlbaren) Flächen ausgehen. In manchen Regionen kommt die Braunkohleförderung als zusätzlicher Faktor der Flächenverknappung hinzu, so auch in der Lausitz. Hier nehmen die aktiven Tagebaue Jänschwalde und Welzow-Süd I rund 17.000 Hektar in Anspruch, das entspricht etwa einem Fünftel Berlins. Auf weiteren 5.000 Hektar Feldern, Wäldern und Dörfern will die tschechische EPH-Gruppe, die die deutsche Braunkohlesparte des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall übernimmt, die neuen Tagebaue Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord anlegen. Dem ersten dieser beiden Vorhaben hat die Landesregierung in Potsdam bereits zugestimmt und damit eine sehr weitreichende Entscheidung getroffen. Denn wenn Deutschland die auf der Weltklimakonferenz in Paris vereinbarten Ziele einhalten will, muss die Braunkohle dieser neuen Tagebaue in der Erde bleiben.

Für die Natur- und Kulturlandschaften der Lausitz sieht es auch ohne zusätzliche Tagebaue schlecht aus. Die stillgelegten Tagebaue haben auf mehr als 33.000 Hektar Fläche Spuren hinterlassen. Mit dieser Mondlandschaft, in die die Stadt Potsdam zweimal hineinpasst, ist wenig anzufangen. Die kaum bewachsenen Kippenböden sind Sonne und Wind stark ausgesetzt, es herrscht eine geringe Luftfeuchtigkeit. Während das Grundwasser aufgrund des jahrelangen Abpumpens noch fern ist, können Niederschläge in dem wenig gefestigten Boden kaum gehalten werden und verdunsten infolgedessen. Dem Erdreich fehlt es an Nährstoffen und Humus, der Boden versauert.

Doch das ist nicht alles. Der Boden ist nicht nur von schlechter Qualität, sondern auch einsturzgefährdet. Anders als gewachsener Boden ist das, was der Tagebau hinterlassen hat, wesentlich weniger verdichtet. Wenn sich unterirdische Hohlräume mit Wasser füllen, kann die Bodenmasse ins Rutschen kommen. Wie gefährlich das sein kann, zeigte sich im Oktober 2010, als auf der sächsischen Seite der Lausitz rund 100 Hektar Land im Bergener See verschwand, einem mit Wasser aufgefüllten Tagebauloch. Menschen kamen wie durch ein Wunder nicht zu Schaden, eine Schafherde ertrank. Seit diesem Unglück dürfen 20.690 Hektar Bergbaufolgelandschaft in Brandenburg nicht mehr betreten und bewirtschaftet werden. Einige Landwirte, die dort in den vergangenen Jahren die Bodenqualität verbesserten, etwa indem sie mit dem Anbau von Luzerngras den Stickstoffgehalt erhöhten, stehen nun schlecht da, da sie mühsam um Entschädigungen feilschen müssen.

Also besser diese Mondlandschaft fluten? Auch die Seen, die durch Flutung der ausgekohlten Tagebaue entstehen, sind von minderer Qualität. Geraten die Schwebelhaltigen Gesteine auf den Abraumhalten in Kontakt mit Wasser und Sauerstoff, so entstehen Schwefelsäure und Eisenhydroxid. Die künstlichen Gewässer drohen somit zu versauern, wenn das Grundwasser allmählich aufsteigt. Um dies zu verhindern, will Vattenfall dem geplanten „Ostsee“, der anstelle des Ende 2015 geschlossenen Tagebaus Cottbus-Nord entsteht, Spreewasser zuführen, um das saure Seewasser zu verdünnen. Allerdings führt die Spree heute schon zu wenig Wasser, jeder künstliche See ist einer zu viel für sie. *sp*



**EDITORIAL**  
von Christine Kühnel und Burkhard Voß

Liebe Leserinnen und Leser!

Vor genau fünf Jahren fassten wir unter der Überschrift „Eine grüne Stadt wollen sie alle“ die umweltpolitischen Wahlversprechen der Parteien zusammen. Wenn Sie diese BUNDzeit durchblättern, finden Sie keine Wahlprüfsteine oder Kandidierenden-Checks. Nicht, dass wir die Abgeordnetenhauswahl am 18. September vergessen hätten. Nur bieten die Aussagen der Parteien ziemlich wenig Stoff. Kleine Kostprobe am Beispiel Grünflächen gefällig?

Die SPD verspricht, die wachsende Stadt „nicht zu einer Betonwüste werden zu lassen“. Die Grünen wollen „grüne Oasen“ in den Bauplänen berücksichtigen. Die Linke möchte einen „Grünen Masterplan“ aufstellen. Die CDU fordert in ihrem Programm von 2011 (jüngere Papiere veröffentlichte

sie bis Redaktionsschluss nicht), Sachmittel und Personal in den Grünflächenämtern nicht länger zu kürzen.

Alles schön und gut. Aber wie sieht es dort, wo diese Parteien Verantwortung auf Landes- oder Bezirksebene tragen, tatsächlich für die Stadtnatur aus? Hier eine Kleingartenkolonie verbaut, dort eine Wiese versiegelt und ein paar Bäume gefällt – das summiert sich. Dem Verwertungsdruck auf unbebaute Flächen setzt die Politik gleich welcher Couleur wenig entgegen. Wie auch immer die nächste Regierungskonstellation im Roten Rathaus aussieht: Sie muss zum Jagen getragen werden. Das übernehmen wir gern; und zwar mit der Kampagne IMMER.GRÜN. Wie und warum wir die grünen Lebensadern der Stadt dauerhaft vor Verbauung schützen wollen, lesen Sie in dieser BUNDzeit.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

*Christine Kühnel*

PS: Trotzdem ist die Abgeordnetenhauswahl wichtig – vor allem zu Zeiten der neuen „Protestparteien“. Und der Klimawandel geht alle an!

## Stadt, Land, Park

**Eine Übersicht der Flächen, auf die es ankommt, wenn Berlin seine Lebensqualität bewahren will**

**Felder und Wiesen: Billige Baureserven?**

Etwas mehr als vier Prozent der Berliner Landesfläche dienen Ackerbau, Viehzucht und Gartenbau. Auf zwei bisherigen Landwirtschaftsflächen soll nach dem Willen des Senats bald gebaut werden: auf den Buckower Feldern im Neuköllner Süden und auf der Elisabethaue im Norden Pankows. Beide Areale gehören Berlin, so dass die landeseigenen Wohnungsgesellschaften zum Zuge kommen könnten; dieser relative Vorteil ist aber keine stadtplanerische Überlegung, sondern Ergebnis einer völlig verfehlten Grundstückspolitik des Senats, der die guten Wohnlagen privatisiert hat. Nun verspricht sich der Stadtentwicklungssenator hier schnell lieferbaren günstigen Wohnraum. Auf der Elisabethaue soll allerdings nur die Hälfte der 74 Hektar von kommunalen Gesellschaften bebaut werden, der Rest soll an Private gehen (insgesamt 5.000 Wohnungen). Der BUND kritisiert beide Vorhaben. Die Elisabethaue hat eine wichtige Funktion für das Stadtklima, der Pächter sollte besser einen langfristigen Pachtvertrag bekommen, so dass er die Fläche ökologisch aufwerten kann. Bauen auf den Buckower Feldern (zehn Hektar, 500 Wohneinheiten, auch Einfamilienhäuschen) widerspricht dem Prinzip, neue Siedlungen nur noch in Gegenden zu errichten, die an das Schienennetz angeschlossen sind.

**Bahnflächen: Vernetzte Wildnis**

Auf außer Betrieb genommenen Bahngeländen haben sich in den letzten Jahrzehnten hochwertige Biotope entwickelt. Über grüne Randflächen verbinden die Schienenstränge etliche von ihnen. Als von außen in das Zentrum verlaufende Korridore haben begrünte Bahntrassen eine wichtige Funktion als Frischluftschneisen. Vorbildlich gesicherte und den Menschen zugänglich gemachte Bahnwildnis findet sich am Schöneberger Südgelände. Andere Biotope sind in Gefahr. Den ehemaligen Rangierbahnhof Schöneeweide wollen Bahn, Land und Bezirk in ein 33 Hektar großes Gewerbegebiet umwandeln. Auf dem von Magerrasen und alten Eichen bewachsenen Gelände haben sich seltene Vögel wie Brachpieper und Steinschmätzer angesiedelt – und streng geschützte Zauneidechsen. Deren bereits begonnene Umsiedlung stoppte vor einem Jahr ein Gericht. Ebenfalls gefährdet ist der Biesenhorster Sand auf dem ehemaligen Rangierbahnhof Wuhlheide. Der Senat will diese Trockenrasenlandschaft, auf der viele Rote-Liste-Arten leben, zwar als Naturschutzgebiet ausweisen, gleichzeitig verläuft hier aber eine seiner Planungsvarianten der Schnellstraße „Tangentiale Verbindung Ost“ (TV0). Praktisch schon gelaufen ist die Bebauung des Güterbahnhofs Pankow.

**Kleingärten: Nicht nur vom Wohnungsbau bedroht**

Mehr als 10.000 Menschen stehen auf Wartelisten für eine der rund 73.000 Kleingartenparzellen. Auch bei Tieren sind die Kolonien beliebt, vor allem Vögel und Insekten wie Bienen profitieren von der Pflanzenvielfalt in vielen Gärten. Von den mehr als 3.018 Hektar Kleingartenfläche befinden sich 2.324 Hektar im Landesbesitz. Für etwa zehn Prozent dieser Flächen läuft 2020 die Schutzfrist aus. Der Stadtentwicklungsplan Wohnen sieht vor, auf insgesamt 40 Kleingartenanlagen rund 8.500 Wohnungen zu bauen, sowohl auf städtischem als auch auf privatem Grund. Und es geht nicht nur um Wohnungen: Der Senat hat Kleingärten in Neukölln und Treptow gekündigt, um dort die Stadtautobahn A 100 weiterzubauen und angrenzende Flächen für Gewerbeansiedlung vorzubereiten. Vermutlich noch in diesem Jahr beginnen Bauarbeiten in der Gartenkolonie Oeynhausen, wo der bei den Regierungsparteien als Großspender beliebte Baulöwe Klaus Groth auf der Hälfte der Koloniefläche 900 Wohnungen errichtet. Das im Flächennutzungsplan als Grünfläche eingetragene Areal hatte die Post 2008 für 600.000 Euro an die Investmentgesellschaft LoneStar verschertelt, die es an Groth weiterverkaufte. Versuche des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, die Existenz alter Parzellen zu sichern, scheiterten, weil LoneStar und später Groth mit Schadensersatzklagen in zweistelliger Millionenhöhe drohten. Auch hinter der Landesgrenze wecken Kleingartenanlagen Begehrlichkeiten. Akut gefährdet ist eine Gartenkolonie in Teltow-Seehof.

**Konversionsflächen: Wenn alte Nutzungen wegfallen**

Was soll mit dem Flugfeld Tegel geschehen, wenn irgendwann der Skandallflughafen BER in Betrieb geht? Der BUND unterstützt die Idee, ein neues Stadtviertel auf dem an den Kurt-Schumacher-Platz angrenzenden östlichen Teil des Flughafens zu errichten. Die jetzt geplante Ausdehnung der Bebauung gefährdet aber seine Funktion als Kaltluftlieferant. Nicht nur für das Klima, sondern vor allem für die Artenvielfalt ist die 70 Hektar große Weidelandchaft Lichtenfelde Süd bedeutsam. Auf einem Drittel des unter dem Namen Parks Range bekannten ehemaligen amerikanischen Truppenübungsplatzes will der Investor Groth bauen. Der BUND fordert, hier auf Doppel- und Reihenhäuser zugunsten von platzsparenden Etagenwohnungen zu verzichten, um mehr von der wertvollen Fläche zu erhalten und diese als Naturschutzgebiet auszuweisen.

**Gewässer: Mehr als Wasserstraßen**

Gewässer sind wichtige Biotopverbindungen, Luftschneisen und ideale Erholungsflächen in der Stadt. Deswegen dürfen Gebäude nicht direkt ans Ufer gebaut werden, sondern es muss immer ein öffentlich zugänglicher „grüner“ Streifen erhalten bleiben oder geschaffen werden. Naturnahe Ufergestaltung erhöht die Wasserqualität und verbindet verschiedene Biotope.

**Grünanlagen: Pflege ist ihren Preis wert**

Natürlich gehören auch die zur Stadtverschönerung und Freizeitgestaltung angelegten Orte zu den Flächen, die mit IMMER.GRÜN unter dauerhaften Schutz gestellt werden sollen: Parks, Schmuckplätze, Straßenbäume, Liegewiesen der Freibäder, Friedhöfe. Dauerhafter Schutz bedeutet in diesem Zusammenhang auch, die Grünflächenämter so auszustatten, dass sie eine qualifizierte, naturnahe Pflege des Stadtgrüns übernehmen können.

*sp*

Landschaftspark Rudow/Alt-Glienicke  
Foto: Andrea GerbokeBahnwildnis Nähe Gesundbrunnen  
Foto: Andreas Faensen-ThiebesBUNDjugendliche gärtnern mit geflüchteten Kindern in Zehlendorf  
Foto: Björn ObmannWeidelandchaft Lichtenfelde Süd  
Foto: Anne LobaLandwehrkanal Höhe Kottbusser Brücke  
Foto: Sebastian PetrichComeniusgarten in Neukölln  
Foto: Andreas Faensen-Thiebes

**Biodiversität und Gesundheit**

Funktionierende Ökosysteme leisten einen wichtigen Beitrag für die menschliche Gesundheit. Zu diesem Ergebnis kommt eine Hintergrundstudie des österreichischen Umweltschutzverbands. Die (erleb- bare) biologische Vielfalt wirkt demzufolge vor allem auf die geistige Entwicklung von Kindern und die körperliche und mentale Erholung von Menschen jeder Altersstufe positiv. Umgekehrt stellen verminderte Leistungen der Ökosysteme Gesundheitsrisiken dar. [www.kurzlink.de/umwelt-dachverband](http://www.kurzlink.de/umwelt-dachverband)

**Radschnellwege nicht durchs Grüne**

Anders als etwa das Ruhrgebiet hat Berlin keine ehemaligen Bahntrassen, auf denen sich kreuzungsfreie Radschnellverbindungen realisieren lassen. Natürlich kann die Antwort darauf nicht sein, Grünflächen für Radschnellwege zu opfern. Der Stadtplaner und BUND-Fahradexperte Tilo Schütz zeigt anhand von zwei Strecken (vom Kurt-Schumacher-Platz via Wedding und Neukölln nach Adlershof und vom Schloßplatz über Ostkreuz und Karlshorst nach Biesdorf), wie schnelle Radverbindungen „mittenmang“ durch die Stadt führen. [www.kurzlink.de/mittenmang](http://www.kurzlink.de/mittenmang)

**Aktiv für Stadtnatur**

Der Arbeitskreis Stadtnaturschutz des Berliner BUND-Landesverbands setzt sich nicht nur für den Erhalt des Naturhaushalts und die Sicherung von Lebensräumen von Pflanzen und Tieren ein, sondern möchte auch dafür sorgen, dass die Menschen Naturerlebnisse in der Stadt genießen können. Die Aktivitäten des Arbeitskreises beobachten mit kritischem Blick, wie Parkanlagen geplant und gepflegt, Nutzungskonzepte für den Flughafen Tegel entwickelt und wie die Wasser- und Schifffahrtsbehörden mit Spree und Havel umgehen. Möchten Sie mitmachen? Schreiben Sie bitte an [stadt-naturschutz@BUND-Berlin.de](mailto:stadt-naturschutz@BUND-Berlin.de)

**IMMER.GRÜN**

Um die Grüne Infrastruktur Berlins unter dauerhaften und wirksamen Schutz zu stellen, hat sich der BUND mit den anderen Naturschutzorganisationen und dem Kleingärtnerverband zusammengetan. Was dieses Bündnis im Einzelnen erreichen will, lesen Sie unter [www.berlin-immergruen.de](http://www.berlin-immergruen.de)

**Macht das neue Landschaftsprogramm Berlin grüner?**

Zusammen mit dem Flächennutzungsplan ist das Landschaftsprogramm das wichtigste Instrument des Landes Berlin, um die Entwicklung des städtischen Grüns zu steuern. Das bisherige Landschaftsprogramm stammt aus dem Jahr 1994. Im Juni hat das Abgeordnetenhaus ein neues Landschaftsprogramm für die nächsten 20 Jahre beschlossen. Was davon zu halten ist, erfahren Sie im BUND-Blog unter [www.umweltzoneberlin.de/landschaftsprogramm](http://www.umweltzoneberlin.de/landschaftsprogramm)

**Standpunkt Stadtnatur**

Was bedeuten urbane Freiflächen für Artenschutz, Erholung und Naturerlebnis und wie passt ihr Erhalt zum Leitbild der kompakten Stadt mit kurzen Wegen? Wie kann die Stadtgesellschaft die notwendigen Diskussionsprozesse organisieren? Damit beschäftigt sich der BUND-Standpunkt Stadtnatur. [www.kurzlink.de/stadtnaturschutz](http://www.kurzlink.de/stadtnaturschutz)

**Bauen ohne Versiegelung**

Überdimensionierte Straßen, Parkplätze, einstöckige Discounterbauten, absehbar leerstehende oder ineffizient genutzte Gebäude (zum Beispiel Parkhäuser): Der BUND hat exemplarisch 38 Orte in Berlin identifiziert, an denen 11.800 neue Wohnungen entstehen könnten, ohne dafür wertvolle Freiflächen zu opfern. Die Studie stammt aus dem Jahr 2014, ist aber immer noch aktuell. Download unter [www.BUND-Berlin.de/baupotenzial](http://www.BUND-Berlin.de/baupotenzial)



# Vattenfalls staatliche Handlanger

## CDU blockiert Klimaschutz

Anfang Juni beschloss der von SPD und CDU gestellte Senat das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK). Keine vier Wochen später verhinderte die CDU, dass sich der Umweltausschuss des Abgeordnetenhauses mit dem BEK beschäftigt. Eine Verabschiedung noch vor der Wahl ist damit sehr unwahrscheinlich geworden. Die Hauptstadtbesuche der Angehörigen der kleineren Regierungsfraction könnte aufgefallen sein, dass das BEK dem Autoverkehr Einschränkungen abverlangt. Möglicherweise handelt es sich um eine Retourkutsche dafür, dass sich die SPD gegen Pläne zur Videoüberwachung gestellt hatte. Mehr zu dieser Wahlkampfposse im BUND-Blog unter [www.umweltzoneberlin.de](http://www.umweltzoneberlin.de)

## Kohle abwählen

Das Bündnis Kohleausstieg Berlin, zu dem auch der BUND gehört, hat untersucht, wie sich die Parteien vor der Abgeordnetenhauswahl zum Kohleausstieg und den damit verbundenen Themen positionieren: Tagebaue, Sulfat und Eisenschlamm im Wasser, Quecksilber in der Luft, Divestment, Kohleimport, erneuerbare Energien und Stadtwerk. [www.kurzlink.de/kohlecheck](http://www.kurzlink.de/kohlecheck)

## Landesdelegiertenversammlung des BUND Brandenburg

Alle Mitglieder sind herzlich zur diesjährigen Landesdelegiertenversammlung des BUND-Landesverbands Brandenburg eingeladen. Nach einem Rückblick auf die Arbeit des vergangenen Jahres sollen die Ziele für die Tätigkeit des Landesverbands im Jahr 2017 abgesteckt werden und ein neuer Landesvorstand gewählt werden. 8.10.2016, 10 Uhr, Haus der Natur, Lindenstraße 34, Potsdam

## Bäume schützen

Der BUND hat eine neue Broschüre zum Baumschutz in Brandenburg herausgegeben. [www.kurzlink.de/baumschutz](http://www.kurzlink.de/baumschutz)

## Das brandenburgische Bergamt hat bei der Einleitung schmutziger Grubenabwässer in Spree-Zuflüsse jahrelang beide Augen zuge-drückt und den Landtag darüber getäuscht.

Wer Abwässer in Flüsse oder Seen leiten will, braucht dafür eine wasserrechtliche Genehmigung. Wenn damit eine Verschlechterung der Wasserqualität einhergeht, verbietet das Wasserhaushaltsgesetz eine Genehmigung. Für seinen Tagebau Welzow-Süd erhielt der Kohle- und Atomkonzern Vattenfall 2009 dennoch eine bis 2022 gültige Genehmigung. Dabei war von Anfang an klar, dass mit dem aus der Grube abgepumpten Grundwasser Eisenhydroxid in die Gewässer gelangt. Dieser Eisenschlamm ist für Menschen zwar nicht gefährlich, verstopft bei Fischen aber die Kiemen, bis sie verenden. Die Fließe rund um Welzow-Süd sind seit Jahren sichtlich verockert gewesen. Vom BUND beauftragte Messungen bestätigten 2014 den Verdacht: An 11 von 15 Messstellen wurden die vorgeschriebenen Einleitbedingungen für die Eisengehalte nicht eingehalten.

Vattenfall und der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Bergamt, war die unerlaubte Verockerung längst bekannt. Schon die ersten Messungen nach Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung 2009 zeigten deutliche Grenzwertüberschreitungen beim Eisen. Jetzt hätte das Bergamt handeln müssen. Statt den Missstand zu beenden, half es aber Vattenfall dabei, die Wasserverschmutzung zu verschleiern. Das ist das Ergebnis einer Akteneinsicht, die der BUND kürzlich im Bergamt vorgenommen hat. Die Akten belegen dreierlei. Erstens war das Bergamt seit 2009 über die Grenzwertüberschreitungen informiert. Zweitens verlangte es zu keinem Zeitpunkt vom Verursacher, die Verunreinigung zu reduzieren und gar zu stoppen. Die Behörde begnügte sich damit, die Fließe vom zuständigen Wasser- und Bodenverband entschlammen und ihre Struktur so ändern zu lassen, dass sich der Eisenschlamm besser am Boden absetzen kann. Der BUND fand in den Bachbetten eine bis zu 30 Zentimeter dicke Schicht Eisenschlamm – Sondermüllablagerung mit freundlicher Genehmigung des Bergamts. Drittens unterstützte das Bergamt Vattenfall bei der Verschleierung der Grenzwertüberschreitung. Anfang 2010 beantragte Vattenfall, mehrere direkt an den Einleitstellen platzierte Messstellen fließabwärts zu verlegen – mit der unverhohlenen Begründung, die Grenzwerte seien sonst nicht einzuhalten. Das Amt stimmte zu.

# 250 glückliche Gäste

## Das Repair Café Schöneberg sieht auf zwei erfolgreiche Jahre zurück.

Seit Sommer 2014 betreibt der BUND in seiner Berliner Landesgeschäftsstelle das Repair Café Schöneberg. Elf Mal im Jahr, immer am dritten Montag im Monat (außer Dezember), treffen sich Technikfreaks mit Leuten, die kaputte Dinge zum Reparieren mitbringen. In lockerer Atmosphäre retten die Expertinnen und Bastler nicht nur so manchen Gebrauchsgegenstand vor der Verschrottung, sondern geben vor allem auch ihr Wissen weiter. Die Party zum zweiten Geburtstag des Repair Cafés war Anlass für eine kleine Zwischenbilanz: Bisher gelangen 202 Reparaturen, das entspricht einer Erfolgsquote von 60 Prozent. Am häufigsten wurden Laptops repariert, gefolgt von Radios, Lampen und Küchengeräten.

Der Andrang ist mittlerweile so groß, dass man sich vor dem Besuch anmelden muss. Das hat auch Axel Schröder getan, der als 250. Besucher eine BUND-Jahresmitgliedschaft sowie ein Glas Honig und einen Apfelsaftkarton (beides von der BUND-Streuobstwiese in Stahnsdorf) als Überraschungsgeschenk erhielt. Er kam, weil seine Familie beschlossen hatte, die kaputte Stehlampe nicht zu verschrotten, sondern etwas Zeit in die Reparatur zu investieren. Sein Eindruck: „Nette Atmosphäre und sehr hilfsbereite und kompetente Menschen, die das Thema „Reparieren“ ernstnehmen und nebenbei liebgezwonnene Gegenstände am Leben erhalten. Komme gerne wieder!“



**Begründung zur Verlegung der Probenahmestellen Haidemühl und Steinitzer Wasser 2 bis 5**

Die bisherigen Beprobungsstellen befinden sich an den Einleitstellen unmittelbar am Ende geschlossener Rohrleitungssysteme. Die hier registrierten Werte spiegeln die natürlich vorhandenen Qualitäten des gehobenen Sumpfungswasser wider. Eine Beeinflussung vor allem der bergbauproduktiven Parameter ist somit nicht gegeben, was in den letzten Monaten wiederholt zur Überschreitung des Parameters „Fe gelöst“ und zunehmend auch beim Parameter „Fe gesamt“ geführt hat. Bis zur Inbetriebnahme der neuen GWRA-Dolan wird sich eine Reduzierung dieser Werte nicht ergeben.

Mit der Verlegung der Probenahmestelle in Fließrichtung – analog der erfolgreich praktizierten Probenahmestellen Steinitz 1 und Petershamer Fließ – können das gelöste Eisen auf der Fließstrecke zwischen Einleitstelle und Probenahmestelle oxidiert und ausfällen und die Gehalte somit deutlich gesenkt werden.

Weil die Grenzwerte nicht eingehalten werden, manipuliert Vattenfall das Messverfahren. Das Bergamt ist einverstanden.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der grünen Landtagsfraktion behauptete das Bergamt, die in das Steinitzer Wasser eingeleiteten Abwässer seien enteist und belüftet worden. Aus Schreiben der Firma Vattenfall, die sich in den Akten finden, geht das Gegenteil hervor. Außerdem fasste das Amt die Messwerte in Quartalsdurchschnittswerte zusammen, obwohl wöchentlich gemessen wurde. Einige dieser Durchschnitte lagen knapp unter dem Grenzwert – sehr wahrscheinlich wurden auf diese Weise Überschreitungen verschleiert. Messprotokolle der Einzelmessungen liegen dem Bergamt jedenfalls für die Jahre 2008 bis 2013 nicht vor.

Nachdem die selbst beauftragten Messungen Grenzwertüberschreitungen belegt hatten, erstattete der BUND 2014 Strafanzeige wegen vorsätzlicher Gewässerverunreinigung gegen Vattenfall. Im Sommer 2015 stellte die Staatsanwaltschaft Cottbus die Ermittlungen ein, weil sie keinen Straftatbestand vorliegen sah. Allerdings stützte sie sich dabei allein auf Bewertungen des Bergamts. Hätte sie sich doch einmal selbst die Akten angesehen! Weil die Akteneinsicht klar ergab, dass das Bergamt seinen Aufsichtspflichten nicht nachkam, hat der BUND nun eine Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluss der Staatsanwaltschaft eingelegt. [sp](http://sp)



Zu den Helfern gehören drei junge iranische Geflüchtete, die im Tempelhofer Hangar leben.

Die nächsten Termine: 15.8.2016, 19.9.2016, 17.10.2016, jeweils 18 – 21 Uhr. Bitte anmelden unter [www.repaircafe-schoeneberg.de](http://www.repaircafe-schoeneberg.de)

Ist Schöneberg zu weit? Es gibt weitere 22 Repair Cafés in Berlin und Brandenburg: [www.repaircafe.org](http://www.repaircafe.org)



Foto: Christian-Linus Pauling

Bei der letzten CETA- und TTIP-stoppen-Demo kamen 250.000 Menschen. Wie viele werden es wohl am 17. September?

# Markt total

## Was CETA und TTIP für Berlin und Brandenburg bedeuten

Um einen kleinen Vorgeschmack darauf zu bekommen, was uns blüht, wenn die EU das fertig ausgehandelte Freihandelsabkommen CETA mit Kanada und sein europäisch-amerikanisches Pendant TTIP abschließt, ist ein Blick nach Hamburg aufschlussreich. 2008 hatte der dortige Senat das neue Kohlekraftwerk Moorburg nur unter Auflagen genehmigt. Bauherr und Betreiber Vattenfall verklagte die Hansestadt darauf vor einem internationalen Schiedsgericht auf 1,4 Milliarden Euro. Das nichtöffentliche Verfahren endete mit einem Vergleich: Hamburg zog die Auflagen im Wesentlichen zurück.

Das muss allen, die aus der Kohle aussteigen wollen, eine Warnung sein, auch wenn der Besitzer der Dreckschleudern in der Lausitz künftig nicht mehr Vattenfall, sondern EPH heißt. Wenn CETA und TTIP in Kraft treten, werden es große Konzerne mit Tochtergesellschaften in Übersee noch nicht einmal nötig haben, Regierungen vor ein Schiedsgericht zu zerrn – allein die Möglichkeit eines solchen Verfahrens sorgt dafür, dass die Politik auf ihre Gestaltungsmöglichkeiten verzichtet. Wie will man unter diesen Bedingungen dafür sorgen, dass aus den Tagebauen kein Sulfat über die Spree ins Berliner Trinkwasser gelangt? Das letzte Jahrzehnt hat gezeigt, was es bedeutet, wenn die Daseinsvorsorge privatisiert wird. In Berlin gelang es nur mit einem Kraftakt, die Verträge

zur Wasserversorgung mit ihren geheim gehaltenen Gewinn-garantien für die Investoren veröffentlichten zu lassen. Die Freihandelsabkommen setzen darauf, so gut wie alle öffentlichen Dienstleistungen für den Markt zu öffnen und Gewinne zu garantieren. Beispiel Wohnungsmarkt: Mietbremsen und Vorschriften zur Energieeffizienz gefährden Gewinnerwartungen von Investoren. Beispiel Nahverkehr: Wenn die BVG Dienstleistungen zu politisch festgelegten Preisen erbringt, gilt das als unerlaubte Subvention und damit als entgangener Gewinn für Wettbewerber. Nur einige wenige Bereiche, die in CETA und TTIP ausdrücklich genannt werden, sind von deren Regeln nicht betroffen. Alles, was nicht auf einer solchen Negativliste steht, fällt unter den Geltungsbereich der Freihandelsabkommen. Das gilt natürlich auch für alles, was heute nicht relevant erscheint oder noch nicht erfunden wurde.

Protestieren Sie mit dem BUND gegen CETA und TTIP! Am 17. September finden Demonstrationen in Berlin und sechs weiteren Städten statt. Berlin, Alexanderplatz, 17.9.2016, 12 Uhr [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

Wie Sie bei der Mobilisierung für diese Demo helfen können, lesen Sie auf Seite 8.

# „Die Landesregierung muss liefern“

## Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg und Mitinitiator des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung, über den Kompromiss mit der rot-roten Koalition in Potsdam

Die Initiatoren des Volksbegehrens haben sich mit den Koalitionsparteien auf einen Kompromiss geeinigt. Zu einem Volksentscheid wird es nun nicht mehr kommen. Warum?

In harten Verhandlungen mit der Landesregierung konnten wir drei von vier zentralen Forderungen durchsetzen und noch weitere Punkte heraushandeln. Auf das Verbandsklagerecht haben wir vorerst verzichtet, weil es uns besser erschien, die ausgehandelten Punkte umzusetzen.

### Hätte der Volksentscheid dann nicht doch mehr gebracht?

Wir hatten unsere Forderungen des Volksbegehrens nicht genau genug ausformuliert. Das tat der Verständlichkeit bei Aktionen auf der Straße gut, im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids wäre die Landesregierung jedoch bei der Auslegung vollkommen frei gewesen und hätte alle Punkte verwässern können. Durch den Kompromiss haben wir viele Punkte sehr genau ausdifferenziert und die Koalition festgenagelt. Außerdem ist die Hürde bei einem Volksentscheid sehr hoch. 25 Prozent Mindestbeteiligung und Zustimmung, das bedeutet etwas über 500.000 Stimmen. Hätten wir diese auch nur knapp verfehlt, würde uns die Gegenseite jahrelang vorhalten, es gebe keine gesellschaftliche Mehrheit für artgerechte Tierhaltung in Brandenburg. Es wäre mir persönlich sehr schwer gefallen, dieses Risiko einzugehen.

### Was genau wird sich jetzt verändern?

Es wird einen hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten geben, Großbetriebe bekommen weniger Mittel aus dem Landeshaushalt und die Förderung ist zukünftig stärker an vorhandene landwirtschaftliche Fläche gebunden. Bestehende Schweine-mastbetriebe ab 10.000 Tieren müssen Filter für die Abluft einbauen. Diese Vereinbarung wirkt direkt auf bestehende Anlagen und führt zu Verbesserung für die Anwohner in der Nähe von Mastanlagen. Ein Punkt, der in unserem ursprünglichen Forderungskatalog zum Volksbegehren gar nicht vorgesehen war. Vor allem kommt bis Ende 2017 ein Landestierschutzplan nach niedersächsischem Vorbild, der bis 2019 das Kupierverbot umsetzt und den Antibiotikaeinsatz in der Tiermast reduziert und transparenter macht. Der Landesregierung sagen wir aber auch sehr deutlich, dass sie liefern muss. Wenn sie versagt, werden wir die Kampagne wieder aufnehmen und ein Tierschutzverbandsklagerecht durchsetzen. Die Landesregierung hat also noch bis Ende 2017 Bewährung.

### Wie geht es jetzt weiter?

Das Aktionsbündnis Agrarwende aus über 50 Teilorganisationen und Bürgerinitiativen wird die Umsetzung des Kompromisses genau begleiten. Und wir gehen mit der Aktion „Stoppt den Megastall!“ ganz praktisch vor: Wir tauschen mit Bürgerinitiativen vor Ort Informationen aus und unterstützen Klageverfahren. Dem Klageverfahren gegen Hassleben, wo es um 37.000 Schweine geht, ist dadurch schon auf die Sprünge geholfen worden.



Foto: BUND Brandenburg

Hat sich die Mühe für das Volksbegehren gelohnt? Mitinitiator Axel Kruschat sagt ja.

## Zu Fuß zur Schule

Kinder müssen lernen, sich sicher und selbstständig in der Stadt zu bewegen. Vor vielen Berliner Schulen herrscht Verkehrschaos, weil die Eltern ihre Kinder mit dem Auto zum Unterricht bringen. Der BUND ruft Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte auf, sich an den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule – selbst sicher mobil!“ am 19.9. – 30.9.2016 zu beteiligen. 2015 hatten 60 Schulen mit 16.000 Schülerinnen und Schülern teilgenommen. Der BUND hat viele Ideen für Aktionen und kommt bei Bedarf gern in die Schulen. Interesse? Bitte melden Sie sich bei [Gabi.Jung@BUND-Berlin.de](mailto:Gabi.Jung@BUND-Berlin.de), Tel.: 030 78790031.

## 40 Millionen für den Radverkehr!

Der Berliner Senat sollte den Schwung nutzen, den die Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ in die Verkehrspolitik gebracht hat, und ab 2017 den Radverkehrsset von 25 Millionen Euro auf mindestens 40 Millionen Euro aufstocken. Damit dieses Geld sinnvoll ausgegeben werden kann, braucht es zusätzliches Personal: Zehn Stellen auf Landesebene und jeweils zwei je Bezirk sollten sich ausschließlich um Radverkehr kümmern, fordert der BUND.

## Stoppt den Massenstall!

An vielen Orten Brandenburgs wehren sich Bürgerinitiativen juristisch gegen Investoren, die neue Massentierhaltungsanlagen errichten wollen. Diese Auseinandersetzungen kosten viel Geld. Auf der neuen Plattform „Stoppt den Massenstall!“ können sich alle, die den Ausstieg aus der Massentierhaltung unterstützen wollen, über die aktuellen Vorhaben der Fleischindustrie in der Region informieren und mit einer gezielten Spende helfen, diese zu verhindern. Die Abwicklung erfolgt über betterplace, die Spenden lassen sich steuerlich geltend machen. [www.kurzlink.de/megastall](http://www.kurzlink.de/megastall)





### Grün feiern

Der AK Festivals der BUNDjugend Berlin erarbeitet Kriterien für ein grünes Feiern und plant Aktionen auf Festivals. Interesse? Dann schreib an: Paul@BUNDjugend-berlin.de

### Was die anderen machen

Auch Green Music Initiative und Sounds for Nature beschäftigen sich mit dem Thema ökologische Festivals. Sie haben Bedingungen formuliert und Festivals unter die Lupe genommen. [www.greenmusicinitiative.de](http://www.greenmusicinitiative.de) [www.soundsfornature.eu](http://www.soundsfornature.eu)

### Juleica-Schulung

Gemeinsam mit anderen jungen Menschen erfährst du an drei Wochenenden alles, was du zum Leiten einer Jugendgruppe brauchst: Erwerbe die Jugendleiter\*innenCard (Juleica). 28. – 30.10.2016, 25. – 27.11.2016, 3. – 4.12.2016 [www.berlin.BUNDjugend.de/bildungsangebot/juleica](http://www.berlin.BUNDjugend.de/bildungsangebot/juleica)

### Aktion auf der TTIP-Demo

„TTIP schmeckt uns nicht“ hat die BUNDjugend die letzten Male auf den Demos gegen das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa gerufen. Hast du Lust, die Aktionen der BUNDjugend auf der nächsten TTIP-Demo mitzuplanen? Stay tuned auf [www.berlin.BUNDjugend.de](http://www.berlin.BUNDjugend.de) Die Demo ist am 17.09.2016, 12 Uhr, Berlin, Alexanderplatz

### Schreib mit

Wir vom Redaktionsteam der jungen Seite der BUNDzeit – also der Seite, die du gerade liest – freuen uns immer über neue Leute an Board. Wer Lust am Schreiben, Recherchieren, Redigieren hat, meldet sich bei Victoria Student: [Victoria@BUNDjugend-berlin.de](mailto:Victoria@BUNDjugend-berlin.de)

## Musik, Tanz ... und Kompostklo: Ist grünes Feiern überhaupt möglich?

**Zisch! Das Bier ist offen, die Musik nicht weit und uns beschleicht das Gefühl der Zeitlosigkeit: Wir sind wieder auf einem Festival! Wie schön, dass der Mülleimer nicht weit ist, um den Rest des süffigen Kaltgetränks loszuwerden. Und der See um die Ecke, um darin zu baden. 1000 Leute springen ins kühle Nass und hinterlassen eine Spur aus Plastikpartikeln im Wasser. Denn an partikelfreie Sonnencreme oder Shampoo mag niemand denken. Wir haben uns Festivals in Berlin und Umgebung genauer angeschaut: Was können wir selbst für ein nachhaltiges Festival tun, was müssen die Organisator\*innen machen? Das Feiern im Grünen soll grüner werden! Egal, ob wir an die Umwelt oder uns selbst denken: Sorglos können wir ausgelassener tanzen.**

**Mülleimer nicht weit ist, um den Rest des süffigen Kaltgetränks loszuwerden. Und der See um die Ecke, um darin zu baden. 1000 Leute springen ins kühle Nass und hinterlassen eine Spur aus Plastikpartikeln im Wasser. Denn an partikelfreie Sonnencreme oder Shampoo mag niemand denken. Wir haben uns Festivals in Berlin und Umgebung genauer angeschaut: Was können wir selbst für ein nachhaltiges Festival tun, was müssen die Organisator\*innen machen? Das Feiern im Grünen soll grüner werden! Egal, ob wir an die Umwelt oder uns selbst denken: Sorglos können wir ausgelassener tanzen.**

**W**orauf sollte man achten, wenn man ein möglichst grünes Festival besuchen will? Ein guter Anfang ist es, sich Infos zu den Bereichen Mobilität, Müll und Umwelt zu holen. Natürlich liegt das Lieblingsfestival nicht immer vor der Haustür, trotzdem lohnt es, sich in nächster Nähe umzuschauen. Je näher das Festival, um so einfacher die ökologische Anreise via Bus oder Bahn. Viele Veranstalter\*innen organisieren Busse, die dich von der Stadt oder vom nächsten Bahnhof direkt auf das Gelände fahren. Wer mit wenig Gepäck reist, kann sich auf das Rad schwingen, um sowohl zeitlich flexibel als auch umweltfreundlich ans Ziel zu kommen. Am besten tut ihr euch zusammen oder nutzt Angebote wie die mitRADgelegenheit der BUNDjugend Berlin. Die ist auch in diesem Jahr mit 50 Leuten zum Feel-Festival geradelt.

Müllpfand ist inzwischen schon in vielen Tickets inbegriffen. Beim Pangea-Festival bei Rostock erhaltet ihr zu Beginn einen Müllsack. Es erwarten euch 10 Euro zurück, wenn ihr ihn am Ende mindestens halb gefüllt abgibt. So handhaben es viele Festivals, doch schaut man sich die verlassenen Campingplätze, die Zelttrucks und Müllhaufen an, stellt sich die Frage, ob dieses Müllpfandsystem ein ausreichender Anreiz ist, um das Problem zu meistern. Die Wilde Möhre bei Cottbus setzt bei ihrem Müllmanagement zusätzlich auf Ökotoiletten. Klingt erst mal unsexy, doch die verwendeten Sägespäne neutralisieren den Geruch besser als der blaue Chemiecocktail der Dixi-Klos. Zusammen mit einem normalen Toilettensitz aus Holz ist die Nutzung des Ökoklos sogar angenehmer als der herkömmliche Plastikcontainer.

Es ist nicht unbedingt leicht für uns Besucher\*innen abzusehen, wie hoch die Schädigung der Natur durch die Menschenmassen sein wird. Klar ist aber, dass größere Festivals meist auch eine größere Auswirkung haben. Ebenso ist die Nutzung versiegelter Flächen der von naturnahen Gebieten vorzuziehen. Offensichtlicher ist meist, wie die Veranstalter\*innen selbst für dieses Thema sensibilisieren. Das Artlake-Festival weist seine 7000 Gäste etwa darauf hin, dass Baden im angrenzenden See nur mit ökologisch abbaubaren Seifen erlaubt ist. Das Lollapalooza in Berlin hatte letztes Jahr großes Potenzial, als grün durchzugehen. Es war leicht mit den Öffis und dem Rad zu erreichen und versprach weniger Müll, weil nicht gecampert wurde. Und auf der versiegelten Fläche vor den Hangars am Tempelhofer Feld sollte keine Natur zu Schaden kommen. Dazu noch eine Area, in der NGOs Workshops anboten. Doch dieses Jahr findet das Festival im Treptower Park statt. Die gute Verkehrsanbindung bleibt, aber eine starke Schädigung des vor kurzem sanierten Stadtparks ist zu befürchten. Dieses Beispiel zeigt: Die Erfüllung einiger Kriterien reicht nicht, um ein Festival nachhaltig zu machen.

Je mehr wir uns mit Nachhaltigkeit und Festivals beschäftigen, um so mehr fällt uns auf: Viele Festivals schmücken sich mit „Umweltmanagement“. Frage ist nur, was ist ernst gemeinter Umweltschutz, was greenwashing? Das bloße Anbieten von Green-Camping (siehe Tipps unten) oder Workshops mit Umweltbezug kann auch der Versuch sein, aus Vermarktungsgründen auf den Grün-Feiern-Trend aufzuspringen. Andererseits wird sich kein Festival finden lassen, das vorbehaltlos als 100%ig grün bezeichnet werden kann. Dazu ist das Thema zu komplex, und wenn viele Menschen zusammen feiern, lassen sich Abfall und Lärm kaum vermeiden. Aber es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den zahlreichen Veranstaltungen. Es liegt an uns, genauer hinzuschauen und nachzufragen. *Jasmin Zamani, Lisbeth Schröder, Lucia Bilgenroth*

### Fünf Wege, wie du umweltfreundlicher auf Festivals feiern kannst:

1. Fahr mit dem Zug oder Bus, such dir nette Mitfahrer\*innen oder komm am besten gleich mit dem Fahrrad.
2. Green-Camping-Bereiche sind nicht mit dem Auto befahrbar und bieten die Möglichkeit zur Mülltrennung. Oft kann man sich auch aufgebaute Zelte mieten.
3. Um den eigenen Müllberg möglichst klein zu halten, empfiehlt es sich wiederverwendbares Geschirr und haltbare Lebensmittel mitzubringen. Letztere können auch am Ende des Festivals an Food Sharing gespendet oder mit anderen getauscht werden.
4. Investiere in eine gute Regenjacke, Gummistiefel und ein ordentliches Zelt. Diese Sachen kannst du auch im nächsten Jahr wieder gebrauchen. Ganz im Gegensatz zu den Einwegregenponchos, die umsonst verteilt werden.
5. Da die Inhaltsstoffe direkt vom Duschen oder Baden in die Natur gelangen: Ökologisch abbaubare Seife und Sonnencreme verwenden.



Auf Festivals macht sich die BUNDjugend die Hände schmutzig, ...



... um Samenbomben zu bauen ...



... oder Kräuterspiralen anzulegen.



Leider keine Seltenheit: Müll ohne Ende

Alle Fotos: Björn Obmann

## Wo Auen entstehen

**Der Nationalpark Unteres Odertal setzt seit zweieinhalb Jahrzehnten auf maßvollen Tourismus und extensive Landwirtschaft. Die polnischen Pläne, die Oder auszubaggern, ignorieren ein Erfolgsmodell.**

**A**uf den ersten Blick wirken die Betonplatten auf dem Weg etwas unpraktisch. Wenn das Fahrrad die zentimeterbreiten Spalten zwischen den Platten passiert, ruckelt es ordentlich. Spätestens jede Viertelstunde möchte man vom Sattel absteigen, um ein paar rüttelfreie Momente zu genießen. Anders als der Oder-Neiße-Radweg, der auf der Deichkrone verlaufend die schnellste Nord-Süd-Querung des Nationalparks Unteres Odertal darstellt, sind die Wirtschaftswege durch die Polderflächen wahrlich keine Rennstrecken. Und genau das macht ihren Reiz aus. Nur unwesentlich schneller unterwegs als zu Fuß, aber mit einem größeren Radius ausgestattet, erhält man einen sehr unmittelbaren Eindruck der Auen- und Wiesenlandschaft im unteren Odertal. Der Blick schweift gen Osten, wo sich hinter dem Grenzfluss steile bewaldete Berghänge erheben. In den drei anderen Richtungen dominiert das Mosaik der Polderfläche: Kleine Baumgruppen wechseln sich mit Wiesen und Schilf ab, immer wieder schimmert es bläulich. Zeichneten sich nicht gelegentlich die Schornsteine der Raffinerie und Papierfabriken in Schwedt ab, könnte man sich fernab jeglicher Zivilisation wähen. Und tatsächlich: Noch dichter kann man sich kaum der Wildniszone des Nationalparks nähern. Zumindest nicht auf eigene Faust und an Land. Kanutouren unter der Leitung von fach- und ortskundigem Personal führen durch das Labyrinth der kleinen Gewässer in der Niederung. Diese Wassertouren, auf denen sich mit etwas Glück Biber, Graureiher und Haubentaucher beobachten lassen, starten im Wassersportzentrum Schwedt.

Dutzende Kanäle, Seen und Oder-Altarme durchziehen die bis zu drei Kilometer breite Niederung zwischen der Oder und der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße (HoFriWa). Nach der Schneeschmelze und zum Sommerhochwasser werden die Wehre der kleinen Kanäle geöffnet und die Niederung kontrolliert geflutet. Es handelt sich zwar nicht um eine natürliche Überflutungsdynamik, aber immerhin um eine, die das Entstehen von Auwäldern ermöglicht. Gleichzeitig findet eine extensive Grünlandwirtschaft in Teilen des Nationalparks statt.

Also alles in bester Ordnung an der Oder? Mitnichten. Ungemach droht dem naturnahen Charakter des Flusses von polnischer Seite. Um Winterhochwasser zu vermeiden, soll die Oder für Eisbrecher ertüchtigt und auf eine Zieltiefe von 1,80 Meter ausgebaggert werden. So steht es in einem Abkommen, das Polen und Deutschland letztes Jahr von der Öffentlichkeit fast unbemerkt abgeschlossen haben. Merkwürdig: Moderne Eisbrecher haben allerdings einen Tiefgang von nur 1,55 Meter, und die Zahl der Tage, an denen die Oder vereist war, ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.



Viehzucht ja, aber mit Augenmaß: Im Nationalpark herrscht nicht nur Wildnis.



Blick auf den Rohrseeegraben

Forciert die nationalkonservative Regierung in Warschau in Wirklichkeit den Ausbau der Oder für die Binnenschifffahrt? Dafür spricht die Zielvorgabe im Abkommen, an neun von zehn Tagen einen Wasserstand von 1,80 Meter zu erreichen.

Wo die HoFriWa in die Oder mündet, teilt sich der Strom in West- und Ostoder und umschließt eine schwer zugängliche Wildnis: das Zwischenoderland. Ursprünglich das Pendant zum Polderland bei Schwedt, wurden in diesem zu Polen gehörenden Gebiet seit 1945 Schleusen und Dämme nicht mehr gepflegt, die Aulandschaft blieb sich selbst überlassen. Der geplante Ausbau der Oder sieht vor, in diesem Naturparadies zahlreiche Anlagen zur Wasserregulierung zu bauen. Naturschützer sind entsetzt, denn sie halten das lediglich als Landschaftspark geschützte Zwischenoderland als eigentlich viel wertvoller als den Nationalpark auf der deutschen Seite. Die Pläne, einen grenzüberschreitenden Nationalpark einzurichten, wären damit hinfällig. Polen argumentiert, Bauarbeiten im Zwischenoderland dienen auch dem Tourismus. Dabei könnte die Wildnis der polnischen Seite die maßvoll bewirtschaftete Kulturlandschaft der deutschen Seite perfekt ergänzen.

## ÖKOTIPP

## Wandbegrünung

„Fetter grüne, du Laub, am Rebengeländer hier mein Fenster herauf“, forderte Goethe 1775 und hat damit bis heute nicht an Aktualität verloren: Wandbegrünung ist populär. Kein Wunder, schließlich sieht sie nicht nur hübsch aus, sondern übernimmt wichtige ökologische Funktionen. Der Fotosyntheseprozess der Blätter reguliert das Mikroklima. Im Sommer sorgt die Verdunstungskälte dafür, dass sich Häuser nicht allzu sehr aufheizen. Nachts wird dagegen Energie freigesetzt, so dass begrünte Wände weniger stark abkühlen, was den Fassaden ein längeres Leben beschert. Im Winter bremsen Pflanzen den Wind, daher haben Häuser mit begrünten Wänden einen niedrigeren Energieverbrauch. Zudem fungieren Blätter als Staubfilter, sie nehmen gasförmige Schadstoffe auf und geben sie erst wieder ab, wenn das Laub fällt.



Foto: Vanessa Kulpa/pixelio.de

Machen Pflanzen Wände feucht? Eher im Gegenteil: Sie nehmen vorhandene Feuchtigkeit auf und schützen Gemäuer vor Regen. Ein anderer häufiger Einwand trifft jedoch zu: Grünwuchs führt zu mehr Leben an den Wänden. Gut so! Eine Insektenplage ist allerdings nicht zu befürchten, da die grünen Wände auch Insektenfresser anziehen. Wer die Wohnung partout nicht mit ein paar Spinnen teilen möchte, muss aber nicht auf das Öffnen der Fenster verzichten. Es reicht völlig, dünne Moskitonetze aufzuhängen, die am Fensterrahmen haften.

Für Wände über zehn Meter kommen Efeu, Knöterich und Wilder Wein in Betracht. Bei geringeren Höhen ist die Auswahl größer: Waldreben, Kletterhortensie, Geißblatt, Hopfen, Kletterrosen, Spalierobst und Brombeeren, um nur ein paar zu nennen. Dabei ist zwischen Selbstklimmern und Schlingpflanzen zu unterscheiden. Letztere benötigen eine Kletterhilfe. Diese sollte wetterfest sein, um nicht alle paar Jahr erneuert werden zu müssen. Die Wurzeln der Kletterpflanzen brauchen ausreichend Erde: mindestens 40 mal 60 Zentimeter Breite und 60 Zentimeter Tiefe.

Weitere Informationen finden Sie in der Broschüre „Grün auf Wand und Dach“, [www.BUNDladen.de](http://www.BUNDladen.de)

### Mitmachen

#### Mit dem BUND in die Pilze

17.9.2016, 9:40 – 13:40 Uhr, Schönwalde (Barnim), Parkplatz am Bahnhof

18.9.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf. Nikolassee, Autobahnbrücke (Rosemeyerweg)

24.9.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf Heerstraße, Ausgang Teufelsseestraße

25.9.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf Wilhelmshagen, Bahnsteig

1.10.2016, 10 – 13 Uhr, Rehberge, Haltestelle Bus 221 Otawistraße, Parkseite

2.10.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf. Rahnsdorf, Bahnsteig

8.10.2016, 9:40 – 13:40 Uhr, Schönwalde (Barnim), Parkplatz am Bahnhof

9.10.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf. Grunewald, Schmetterlingsplatz (Eichkampstraße)

15.10.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf. Schulzendorf, Ruppiner Chaussee, Parkplatz vor Discounter

16.10.2016, 10 – 13 Uhr, S-Bhf. Nikolassee, (Rosemeyerweg)

22.10.2016, 9:40 – 13:40 Uhr, Schönwalde (Barnim), Parkplatz am Bahnhof

23.10.2016, 10 – 13 Uhr, Rehberge, Haltestelle Bus 221 Otawistraße, Parkseite

29.10.2016, 10 – 15 Uhr, S-Bhf. Frohnau

Teilnahmebeitrag: 12€ für 3 Stunden (ermäßigt 9€), 16€ für 4 Stunden (ermäßigt 12€), 20€ für 5 Stunden (ermäßigt 15€). BUND-Mitglieder zahlen den ermäßigten Preis. Bitte anmelden: [Formular auf pilz-seminare.de](http://Formular.auf.pilz-seminare.de) oder telefonisch unter 030 7879000

### Pilzberatung beim BUND

Wüssten Sie gern, welche Pilze Sie gesammelt haben? Bringen Sie Ihre Fundstücke in die BUND-Landesgeschäftsstelle zu unseren Experten. Immer sonntags, 18.9.2016 – 23.10.2016, 15 – 15:30 Uhr, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg



Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und Landesverband Brandenburg e.V. Friedrich-Ebert-Str. 114a 14467 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030 787900-0 redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

Marketing

Thorsten Edler

Anzeigen

Tel. 030 787900-42 anzeigen@BUNDzeit.de

Druck

apm alpha print medien AG Kleyerstraße 3 64295 Darmstadt www.apm.ag

Gestaltung

sujet.design www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Auflage

30.000 Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang November 2016. Anzeigenschluss ist der 19. September 2016.

Spendenkonto

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



Stop CETA und TTIP!

Letzten Herbst kamen mehr als 250.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Berlin, um gegen CETA und TTIP zu protestieren. Ein knappes Jahr später finden an einem Samstag im September in sieben Städten gleichzeitig Demos gegen die beiden irrwitzigen Freihandelsabkommen statt, nämlich in Frankfurt (Main), Hamburg, Köln, Leipzig, Stuttgart, München und natürlich Berlin.

Samstag, 17. September 2016, 12 Uhr, Berlin, Alexanderplatz

Die Aufteilung auf mehrere Orte bietet viel mehr Menschen die Gelegenheit, ihrem Protest gegen CETA und TTIP Ausdruck zu verleihen. Wenn wir in Berlin aber wieder eine Viertelmillion auf der Straße sehen wollen, müssen wir noch stärker in der Region dafür mobilisieren. Deshalb gibt es Ende August einen Aktionstag, an dem der BUND mit vielen anderen Organisationen für die Teilnahme an der Berliner Demo am 17. September wirbt.

Samstag, 27. September = Mobilisierungstag

Wir wollen an möglichst vielen Orten in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Infomaterial verteilen, mit Ständen präsent sein und mit überraschenden Aktionen auf die große Demonstration aufmerksam machen. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe! Möchten Sie Aufkleber, Flyer oder Plakate verteilen? Diese können Sie unter www.ttip-demo.de bestellen oder beim BUND abholen.

BUND Berlin, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg Montag, Dienstag, Donnerstag 10-13 Uhr, 14-17 Uhr, Mittwoch und Freitag 10-13 Uhr

BUNDjugend Berlin Erich-Weinert-Straße 82, Berlin-Prenzlauer Berg Montag bis Freitag 9:30-17 Uhr

BUND Brandenburg Friedrich-Ebert-Straße 114a, Potsdam Montag bis Freitag 9-17 Uhr

Weitere Infos zum Mitmachen finden Sie unter: [www.BUND-Berlin.de/stop-ceta-ttip](http://www.BUND-Berlin.de/stop-ceta-ttip)



Stadtgrün und Bauboom in Zahlen

Die Gesamtfläche des Landes Berlin beträgt 89.169 Hektar. Davon sind ...

- ... Gebäude- und Freifläche, in Prozent: 41,5
- ... Betriebsfläche, in Prozent: 0,6
- ... Erholungsfläche, in Prozent: 12,0
- ... Verkehrsfläche, in Prozent: 14,9
- ... Landwirtschaftsfläche, in Prozent: 4,3
- ... Waldfläche, in Prozent: 18,4
- ... Wasserfläche, in Prozent: 6,7
- ... andere Flächen, in Prozent: 1,6

Die Gesamtfläche des Landes Brandenburg beträgt 2.965.434 Hektar. Davon sind ...

- ... Gebäude- und Freifläche, in Prozent: 4,4
- ... Betriebsfläche, in Prozent: 1,5
- ... Erholungsfläche, in Prozent: 0,9
- ... Verkehrsfläche, in Prozent: 3,7
- ... Landwirtschaftsfläche, in Prozent: 49,3
- ... Waldfläche, in Prozent: 35,5
- ... Wasserfläche, in Prozent: 3,4
- ... andere Flächen, in Prozent: 1,3

Kleingärten in Potsdam ...

- ... in Hektar: 242 (Stand: 2006)
- ... davon nicht planungsrechtlich gesichert, in Prozent: 77

Kleingartenanlagen in Potsdam, die ganz oder teilweise von einer Umwandlung in Bau- oder Erholungsland bedroht sind (Stand Januar 2016) ...

... 33

Kleingärten in Berlin ...

- ... in Hektar: 2.324
- ... davon planungsrechtlich dauerhaft gesichert, in Prozent: 14

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, Potsdamer Kleingarten-Entwicklungskonzept 2007, Märkische Allgemeine Zeitung, Berliner Kleingartenentwicklungsplan 2014, Berliner Stadtentwicklungsplan Wohnen, BZ, Groth-Gruppe, Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, Berliner Grünflächeninformationssystem (GRIS)

Neue Wohneinheiten, die der Berliner Stadtentwicklungsplan Wohnen bis 2025 auf Kleingartenparzellen vorsieht ...

... 8.510

Gestückelte Parteispenden des Bauunternehmers Klaus Groth (Groth-Gruppe) im Jahr 2016 an die ...

- ... Berliner SPD, in Euro: 49.750
- ... Berliner CDU, in Euro: 39.800

Wohneinheiten, die derzeit von der Groth-Gruppe errichtet oder geplant werden ...

- ... in Berlin: 6.375
- ... in Potsdam: 253

2014 fertiggestellte Wohneinheiten (Wohnungen und Einfamilienhäuser) in ...

- ... Berlin: 8.744
- ... Brandenburg: 8.842

2015 fertiggestellte Wohneinheiten (Wohnungen und Einfamilienhäuser) in ...

- ... Berlin: 10.722
- ... Brandenburg: 9.234

In Berlin stehen 439.195 Straßenbäume (Stand: Dezember 2014). Davon sind ...

- ... Linden, in Prozent: 35
- ... Ahorn, in Prozent: 20
- ... Eichen, in Prozent: 9
- ... Platanen, in Prozent: 6
- ... Kastanien, in Prozent: 5
- ... Birken, in Prozent: 3
- ... Robinien, in Prozent: 3

Ich will die Arbeit des BUND unterstützen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50€ )
- Familie (mind. 65€ )
- Ermäßigt (mind. 16€ )
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500€ )

Name/Vorname   
 Straße   
 PLZ/Ort   
 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)   
 Telefon (wenn Sie möchten)   
 E-Mail (wenn Sie möchten)

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem   
 monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich  
 bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

KontoinhaberIn   
 IBAN (oder Konto-Nr.)   
 BIC (oder Bankleitzahl)   
 Geldinstitut/Ort

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)  
 BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem BUND ein SEPA-Lastschriftmandat mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Bestätigung und alle notwendigen Informationen (insbesondere Kontaktdaten sowie die Zusammenfassung der Zahlungsinformationen) erhalten Sie mit Ihrem Begrüßungspaket.

Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können – gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e. V. – auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

BUNDzeit 03/2016

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

**BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de**  
**BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam • Fax 0331 23700145 • BUND.brandenburg@BUND.net**